

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/49. Jahrgang

Dezember 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Stadtwerke tricksen bei Strompreiserhöhung

Der von den Stadtwerken (SWG) gelieferte Strom wird 2019 wieder mal teurer. Die für die vorigen Preiserhöhungen genannten Gründe – Netzge-

bühren und EEG-Umlage – können dieses Jahr nicht angeführt werden, sie sind jetzt sogar gesunken. Neuerdings sind es gestiegene Börsenpreise, die als Begründung herhalten müssen.

Die Preise an der Strombörse waren in den letzten Jahren stetig auf Talfahrt, ohne dass sich dadurch an den Stromtarifen etwas änderte.

Begründung: Der Börsenpreis spielt für die Tarife keine Rolle, da die SWG den Strom nicht an der Börse einkauft, sondern langfristige Lieferverträge hat. Wenn jetzt die Börse als Begründung für Preiserhöhungen an-

gegeben wird, ist das ein leicht durchschaubarer Trick.

Besonders unverständlich ist die Anhebung des Grundpreises um gleich 36%.

Was hat der Grundpreis mit steigenden Börsenpreisen zu tun? Gegen den hohen Grundpreis hilft nicht einmal Sparsamkeit beim Stromverbrauch, er trifft Stromsparer besonders hart. Je geringer der Verbrauch, desto stärker wirkt sich die Erhöhung auf die einzelne Kilowattstunde aus.

Was fehlt, ist eine demokratische Kontrolle der Preisgestaltung durch die SWG. Gernot Linhart



Inhalt:

HartzIV: neues Gewand?/Nazi-Kunst S.2
Attraktive Gießener Innenstadt? S.3
Profitmaschine UKGM/Landtagswahl S.4

Zum Tafel-Wesen/Wieseckau S.5
DKP-Fest/DKPkanddiert zur EU-Wahl S.6
Eritrea: Kuba Afrikas/Prozess vertagt S.7
Termine/Nur USA u. Israel gegen Kuba S.8

Wohnbau muss wieder unter öffentliche Kontrolle

Zwei Häuser wurden in diesem Jahr in Gießen wegen der Wohnungsnot besetzt. Die Mieten steigen – auch bei der Wohnbau Gießen GmbH (zu 100% im Besitz der Stadt). Hier sind die Mieten in den letzten fünf Jahren um 12,5% teurer geworden und verschlingen inzwischen teilweise 40% des Einkommens. Eine Entspannung der Situation ist bei 3000 fehlenden Wohnungen nicht in Sicht.

Die Nassauische Heimstätte (Haupteigentümer sind das Land Hessen und die Stadt Frankfurt) hat angesichts der wachsenden Wohnungsnot

im November für ihre Häuser einen Mietpreisstopp angeordnet. - Ein Antrag der Gießener Linken, die Wohnbau möge in den nächsten Jahren auf Mieterhöhungen verzichten, war vor wenigen Monaten im Stadtparlament

abgelehnt worden. 2017 hatte die Wohnbau knapp 2 Mio. € Gewinn erwirtschaftet und von dem Überschuss 365.331 € an die Stadtkasse abgeführt. Auch diese Auszahlungen sollten sofort gestoppt werden.

In ihrem Kommunal-Wahlprogramm fordert die Gießener Linke die Rückführung der kommunalen Betriebe in die Hand und unter die Kontrolle des Stadtparlaments.

Das gilt auch für die Wohnbau; dann muss die Wohnungspolitik wieder öffentlich im Parlament diskutiert und von den Stadtverordneten beschlossen werden. Michael Beltz



Für Frieden und Sozialismus!



Hartz IV - ein neues Gewand für alte Ausbeutung?

Nach 15 Jahren Hartz IV und Wahlniederlagen bis zur Schmerzgrenze denkt die SPD über Reformen nach. Nicht über deren Abschaffung, bewahre nein. Mit ein wenig Kosmetik hofft sie, ihre verlorene Glaubwürdigkeit wieder herstellen zu können. Hartz IV soll weg, sein Kern soll bleiben.

Auch die anderen Parteien - mit Ausnahme der CDU - machen mit und schlagen mal ein höheres Schonvermögen (Grüne), mal einen höheren Zuverdienst (FDP) vor. Auch die Notwendigkeit von Sanktionen wird zuweilen angezweifelt, aber dabei übersehen, dass Hartz IV ein einziges Sanktionssystem ist.

Es gibt offene und verdeckte Sanktionen

Nicht nur die offiziellen 3,1%, denen monatlich die Bezüge gekürzt werden, sind betroffen (jedes Jahr werden knapp eine Million Sanktionen verhängt). Es betrifft auch alle, deren Miet- und Mietnebenkosten nicht voll erstattet werden, weil sie angeblich zu hoch sind. Und es betrifft die, die sich z. B. die Kosten für einen neuen Kühlschrank buchstäblich vom Mund absparen müssen, weil solche „einmaligen Leistungen“ nicht mehr anerkannt werden.

Dieses Prinzip stellt keiner der Kapi-

talvertreter infrage, weder die SPD noch die Grünen, die „Mütter“ von Hartz IV, die es mit Schröder ausgeheckt haben, weder FDP noch CDU noch AfD.

Und natürlich rüttelt keiner am „Lohnabstandsgebot“, die Leistungen sol-

nur gegen Artikel 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, sondern zudem auch gegen Artikel 12, in dem die freie Arbeitsplatzwahl garantiert und Zwangsarbeit verboten ist.

Auch der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) stellte im November fest, dass viele Grundrechte – Menschenwürde, Gesundheit, Wohnung – in der BRD nur für Wohlhabende gelten; auch hier werden insbesondere die viel zu niedrigen Hartz-IV-Sätze kritisiert sowie die Sanktionen.

Kapital ist nie sozial

DKP wie auch die Linkspartei verlangen die gene-

relle Abschaffung von Hartz IV, wobei nur die DKP die Wiedereinführung der unbefristet greifenden Arbeitslosenversicherung fordert. Solange sich jedoch kein breiter Widerstand gegen die Politik der Herrschenden entwickelt, wird die Armut steigen, bei Kindern, bei Alten, bei Erwerbslosen und bei Geringverdienern. Sie alle eint der gleiche gemeinsame Gegner: das Kapital. E. Beltz



len deutlich unterm Niedriglohn liegen, damit der „Anreiz“ weiterhin bestehe, Arbeit anzunehmen. Und damit bleibt Hartz IV Armut per Gesetz.

Hartz IV verstößt gegen das Grundgesetz

Bei all dem Gerede wird vollkommen ausgeblendet, dass das Bundesverfassungsgericht bereits am 9.2.2010 in einem Urteil festgestellt hat, dass Hartz IV verfassungswidrig ist (siehe GE 7/2018), weil die Regelsätze nicht ausreichend sind. Es verstößt nicht



Viel Geld für Nazi-Kunst - das kann weg

Wie neu glänzt das Blut-und-Boden-Relief an der Mauer der ehemaligen Bergkaserne. Für 145 000 Euro wurde das Machwerk restauriert und wieder angebracht. Zur Erklärung sagte Magistratssprecherin Boje, das Relief müsste natürlich in den historischen Kontext eingeordnet werden, dazu soll noch eine Infotafel angebracht werden. Das reicht aber nicht. Die Fraktion der Gießener Linken hatte im Stadtparlament die Entfernung des

Reliefs beantragt - was von der Mehrheit abgelehnt wurde. Jetzt kann jeder, der vor dem Ding steht und kein Militär- und Nazi-Nostalgiker ist, nur den Kopf schütteln. Um so eine Militarismus-Verherrlichung erträglich zu machen, müsste ein künstlerischer Kontrapunkt mit deutlicher Aussage gesetzt werden. Wenn das Ganze nicht ohne langes Textstudium ein „Nie wieder“ ausdrückt, ist das keine Kunst, sondern kann weg. G. Linhart

Attraktive Gießener Innenstadt - wie soll das denn bitte gehen?

Alle Städte zwischen Frankfurt und Kassel versuchen seit Jahren, ihr Image aufzupolieren und sich als moderne Mittelzentren zu präsentieren. Das soll vor allen Dingen über den Einzelhandel passieren und dann auch nach Möglichkeit durch verkaufsoffene Sonntage. Wetzlar, Gießen und Marburg - jeder will Kunden in seine Stadt locken. Dies oftmals über die Durchführung von dubiosen Veranstaltungen, mit deren Hilfe der Sonntagschutz ausgehebelt werden soll. Denn laut Gesetzgeber (und Gerichten!) kann nur anlassbezogen an Sonntagen geöffnet werden.

Vielleicht ist es an der Zeit, dass sich alle Verantwortlichen mal Gedanken darüber machen, dass eine (Innen)Stadt mehr als Kommerz ist und auch ohne Sonntagsöffnungen Gäste anziehen kann.

Schauen wir uns Gießen an: Hier versuchen einige „**Akteure**“, irgendwas auf die Beine zu stellen. Marketing GmbH, verschiedene BIDs (100%iger Zusammenschluss aller Hauseigentümer eines Bereiches, die mit Unterstützung des Handels das Viertel attraktiver machen sollen), Gießen aktiv (Mitgesellschafter der Stadtmarketing) sowie noch mindestens zwei „IG“. Und wenn man sich die Mitglieder der genannten Akteure anschaut, dann muss man feststellen, dass alle irgendwie überall dabei sind.

Jeder ist aktiv - aber nur in seinem Interesse, nicht gemeinsam und nicht zum Wohle der Wohnbevölkerung! Hier ist dringend Abhilfe geboten! Wenn Gießen attraktiver und besser werden soll, dann bitte die Kräfte bündeln und Lebensqualität aus Kultur und sozia-



len Lebensinteressen in den Vordergrund stellen!

Zurzeit sind Fahrverbote (Diesel!) in aller Munde; auch die Stadt Gießen muss dringend ein **Verkehrskonzept** erarbeiten, das den Namen auch verdient. Wie sieht es aktuell aus?

Die Innenstadt ist busmäßig relativ gut erreichbar; auch die Parkhäuser befinden sich alle am Anlagenring. Trotzdem versuchen immer noch jede Menge Besucher die Innenstadt per Auto zu erreichen und dann auch dort zu parken.

Hier muss angesetzt werden, denn immer noch gibt es Bereiche (Neustadt/Bahnhofstr., Neuen Bäume, Johannesstr.), die man nicht mit dem PKW anzufahren braucht. Besser wäre es, Radfahrern und dem ÖPNV (kostenlos!) Vorrang zu geben.

Helmut Appel

(im nächsten Echo: über die Öffnungszeiten)



Wie, für diesen Schwachsinn, den Sie hier plappern, brauchen Sie jedes Jahr ein neues Handy??



Dr. Greilich ließ Dampf ab - nach rechts und links

Eigentlich wäre die inzwischen einmütige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Strabs) im Parlament keine besondere Meldung wert. Doch Dr. Greilich von der FDP kritisierte, SPD und CDU hätten dieses Thema im Landtagswahlkampf in unsachlicher und unreflektierter Weise missbraucht, wofür sie ihre verdiente Quittung bekommen hätten. Das mag hingehen. Er bezog dies aber auch auf „die Populisten von Links und Rechts“ – und hier irrt er.

Die Linksfraktion hat sich lange vor den Wahlen, schon seit Anfang dieses Jahres – als einzige! – für die Abschaffung der Strabs eingesetzt und im Februar einen entsprechenden Antrag gestellt, der nicht nur von den Magistratsparteien, sondern auch von der FDP abgelehnt worden war.

Die AfD hingegen, die ebenfalls nicht für die Abschaffung gestimmt hatte, hat sich jetzt mit ihrem Antrag, der Magistrat möge die Restschulden von Strabs erlassen, tatsächlich populistisch anzuhängen versucht. Zu Recht wurde der Antrag, bei dem diejenigen, die pünktlich ihre Rechnung bezahlen, die Gelackmeierten gewesen wären, abgelehnt.

Aber Herr Dr. Greilich lässt gerne mal Dampf ab und gerne auch unreflektiert gegen „links und rechts“.



Profitmaschine Uniklinikum

Der Gewinn der Rhön-Kliniken AG, Betreiberin auch des Uniklinikums Gießen-Marburg (UKGM), steigt rapide. Bis September waren es schon 47,6 Millionen Euro, gegenüber 20 Millionen Euro im Vorjahr. Hauptursache sind 20 Millionen Euro, die der Konzern zusätzlich vom Land Hessen erhielt, eigentlich um Forschung und Lehre zu verbessern. Stattdessen wurde das Geld sofort als Gewinn verbucht und für die Dividende bereitgestellt. Für forschende Ärzte, Studenten und Patienten bleibt es bei der bekannten Misere.

Vor 12 Jahren wurde das UKGM an die Rhön AG verschertelt. Für den Fall des Weiterverkaufs wurde ein befristetes Vorkaufsrecht des Landes vereinbart, das im nächsten Jahr ausläuft. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Rhön AG den hohen Gewinn nutzt, um die Kliniken zu einem hohen Preis zu verkaufen und damit richtig Geld zu machen. Mit einem anderen Klinikkonzern oder einem Hedgefond als Betreiber könnten die Verhältnisse noch viel schlechter werden – da heißt es wachsam sein und sich rechtzeitig wehren. G. Linhart



Ionen-Therapie-Zentrum bleibt

Vor drei Monaten hat das Marburger Ionen-Therapie-Zentrum (MIT) Insolvenz angemeldet. Wegen zu geringer Auslastung war der Betrieb defizitär. In Deutschland gibt es nur vier solche Einrichtungen. Wenn jeder Tumorpatient die für ihn beste Therapie erhielte, wären alle vier mehr als ausgelastet. Dem steht aber die Profitorientierung der Kliniken entgegen. Krebs ist eine für Krankenhäuser lukrative Krankheit, die Fallpauschalen sind hoch und unabhängig vom Erfolg der Behandlung. Die beste Therapie für jeden könnte es nur geben, wenn die Entscheidung darüber unabhängig von materiellen Interessen getroffen würde.

Jetzt zeichnet sich eine Lösung für das MIT ab: Die Rhön AG will das Zentrum übernehmen – nachdem sie sich vor ca. drei Jahren davor gedrückt

hat und die Verantwortung der Uniklinik Heidelberg überlassen hatte. Diese hat als Betreiberin der ersten derartigen Einrichtung in Deutschland viel Erfahrung. Die Rhön AG hatte damals ihren Kaufvertrag mit dem Land Hessen gebrochen, denn der Bau und Betrieb des MIT war ausschlaggebend dafür, dass die Rhön AG den Zuschlag bei der Privatisierung bekam. Das Trauerspiel um das MIT – verspäteter Start, zu wenig Patienten, Insolvenz – zeigt, dass die Privatisierung und Profitorientierung medizinischer Einrichtungen ein Irrweg ist. Kliniken und Therapiezentren gehören in öffentliche Verantwortung und müssen ausreichend finanziert werden. Alles andere geht auf Kosten des Personals und der Patienten – alle verlieren Gesundheit, Lebensqualität und Lebensjahre. Gernot Linhart



Sinnlose Gewalt von Patienten gegen Ärzte nimmt zu

Nachtrag Landtagswahl

Über Wochen sorgte die Landtagswahl in Hessen für Schlagzeilen und Aufregung bedingt durch die Unfähigkeiten, kurzfristig das endgültige Wahlergebnis festzustellen. Dieses Theater endete mit dem Abstand von wenigen Dutzend Stimmen, die die Grünen auf Landesebene gegenüber der SPD in der Mehrheit waren. Damit beschäftigten sich die Medien und die politisch Verantwortlichen aller Parteien. Zu sehen waren dann die Zahlen: 2.942.846 Wähler bei der Zweitstimme; das entspricht 67,3% der Wahlberechtigten, abzüglich 61.585 ungültigen Stimmen, rund 2,1%. Es verbleiben also 65,2% gültige Stimmen. Wie hoch ist aber der Anteil der über 18jährigen Wohnbevölkerung in Hessen, der trotz 1. Wohnsitz in Hessen nicht wahlberechtigt ist, der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung? Alleine für den Landkreis Gießen dürfte die Zahl bei deutlich über 10.000 liegen, die nicht wahlberechtigt waren. Aber gesprochen wurde nur über die paar Dutzend Stimmen, die die Wahl angeblich entschieden haben. In der Gießener Nordstadt erzielte die AfD rund 30% der Stimmen, wieviel Prozent würde sie bei der Wahlberechtigung der Wohnbevölkerung holen? H.R.

Zum Tafel-Wesen:

Wohltätigkeit ist das Ersäufen des Rechtes im Mistloch der Gnade!*)

In Gießen erschien im November wieder folgende Werbung: „Gemeinsam Teller füllen – Wir helfen vor Ort“, „Helfen sie mit REWE direkt vor Ort. Einfach Spendentüte für 5 € kaufen und die lokalen Tafeln unterstützen.“ „Soziale Verantwortung liegt uns am Herzen.“ „40.000 zusätzliche Tüten werden von REWE jedes Jahr gespendet.“ Die Spendentüten sind schon gepackt und müssen nur noch bezahlt werden. Den Transport zur örtlichen Tafel übernimmt der Discounter.

Ich lehne diese sicherlich bewusst kurz vor Weihnachten inszenierte Tafelaktion prinzipiell ab. Der dahinter steckende Appell an die Gutmenschen: „Gebt den Armen zu Weihnachten etwas von eurem Überfluss ab“, mag zwar verkaufsfördernd sein, ist aber das falsche Signal. Keine Almosen, sondern mehr einklagbare Rechte brauchen die arm Gemachten.

Bundesweit werden knapp 1.000 Tafeln mit 50.000 Mitarbeitern gezählt. Sie führen in der BRD keine Nischenexistenz. Wer sie stärkt, sorgt - bewusst oder unbewusst - dafür, dass

Menschen, die auf Hartz IV oder Grundversicherung angewiesen sind, sich früher oder später anhören müssen: Was meckert ihr rum, geht doch zur Tafel, da bekommt ihr für ein paar Euros zumindest Lebensmittel.

Ich gönne jedem Armen seinen preiswerten Einkauf bei der Tafel. Es ist auch schön, dass viele etwas für die arm Gemachten tun wollen. Da gibt es aber bessere Möglichkeiten: z.B. Unterstützung von Organisationen, die die politischen Kräfte bekämpfen, welche systematisch weitere Bevölkerungsschichten arm machen. Denn die um sich greifende Massenarmut in der BRD ist nicht individuell begründet, sondern eine Frage des Wirtschaftssystems. Tafeln tragen - ob

gewollt oder nicht - zur Verfestigung der ungerechten Reichumsverteilung bei.

Ich frage mich, wo soll das enden? Sind die Tafeln nur eine Zwischenstufe? Fallen wir in die Jahre zurück, wo Hunderttausende mit einem Blechnapf vor der Suppenküche um ein dünnes Süppchen betteln mussten? Ich weiß es nicht, aber der Pessimist in mir hält es für im Bereich des Realen.

Wer das nicht will, der sollte sich überlegen, die politischen Kräfte zu unterstützen, welche den Motor dieser Entwicklung - den Kapitalismus - stoppen wollen. Martin Wagner

*) Johann H. Pestalozzi, 1746, Zürich



Die Wieseckau - bestimmt von Wirtschaftsinteressen

Die treibende Kraft hinter der Landesgartenschau 2014 mit ihren weitreichenden Folgen für Haushalt und Natur in Gießen war ein Förderverein. Nach der Landesgartenschau sind ihm zwar 25 % der Mitglieder abhandengekommen, aber dieser Zusammenschluss von Gießener Wirtschaftsinteressen mit politischem Kalkül setzt in Gießen eindringlich seine Duftmarken. Vorsitzender ist ein ehemaliger Karstadt-Manager, Stellvertreterin die bekannte, auch „Kettensägen-Gerda“ titulierte Grüne Weigel-Greilich aus dem Gießener Magistrat. Weiterhin in der Führung der CDU-Schlammbeiser Pfeffer und – wer fehlt noch? Natürlich ein ehemaliger stellvertretender Sparkassendirektor, Wolfgang Keil.

Hier haben wir alle Machtkomponenten versammelt, die eine erfolgreiche Umgestaltung und Weiterentwicklung Gießens im Interesse der Wirtschaft gewährleisten. Karl Marx hätte seine „Freude“. Natürlich haben sie die ver-

öffentliche Meinung, besonders die „Gießener Allgemeine Zeitung“, auf ihrer Seite. Die öffentliche Meinung sicher nicht.

Um ein eingetragener Verein zu werden, mussten Mitglieder requiriert werden. Dazu gehören ganze Clubs, wie Rotary-Club oder Lions-Club, in denen viele Gießener Geschäftsleute rührig sind. Wenn man der Homepage

trauen kann, besteht die Hauptbeschäftigung in dem Besuch anderer Gartenschauen und der Übernahme von Aufgaben des Gartenamtes in der Wieseckau.

In den Jahren nach ihrer Blümchenschau stellte der Verein zusammen mit dem Magistrat die Wieseckau auf den Kopf. Gemeinsam mit einem in Südhessen erfolglosen Eventmanager verwandelten sie die Wieseckau in eine Partymeile mit Alkoholsausen. Die grüne Partei integrierte sich da mit Freuden. Jetzt droht dieses Schicksal auch der Lahnaue. „Die Lahnaue beleben“ - heißt das im Sprachgebrauch des Fördervereins, der sein eigenes wirtschaftliches Wohl mit dem Deckmäntelchen des Allgemeinwohls übertünchen muss. Finanzielle Mittel sind im Überfluss vorhanden. U. a. erhält der Verein vom Amtsgericht Bußgelder zugesprochen. Seit einem Jahr sind insgesamt über 26000 € Spenden dazu gekommen, natürlich steuerlich begünstigt. M. Berger



50 Jahre DKP - Festveranstaltung in Gießen

50 Jahre DKP, 100. Jahrestag der Novemberrevolution und der Gründung der KPD, 200. Geburtstag von Karl Marx - das sind Gründe zum Feiern. Anlässlich dieser Jubiläen luden die DKP-Kreise Gießen, Lahn-Dill und Marburg zusammen mit SDAJ, DGB, ARAG, VVN-BdA und Rote Hilfe am 20. November in die Kongresshalle Gießen ein.

Im Eingangsbereich und im Vortragsraum zeugte eine beeindruckende Ausstellung von Plakaten, Fotos, Presseartikeln, Aufrufen zu Demonstrationen und Kundgebungen, Berichte über Fußballturniere von den vielen Aktivitäten der letzten 50 Jahre.

In seiner Begrüßung erinnerte Henning Mächerle daran, dass die DKP aus der Erkenntnis gegründet wurde:

Nur der Bruch mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen kann das Ende von Krieg und Ausbeutung bedeuten.

Michael Beltz aus Gießen betonte, dass es die DKP immer noch gibt und sie in der Lage ist, das größte linke Volksfest der BRD durchzuführen. Die Worte von Ria Deeg: „Eine Partei ohne Zeitung ist wie ein Soldat ohne Gewehr.“ waren Auftrag und Anspruch zugleich: Seit 1970 erscheint das Gießener Echo jeden Monat. Pablo Graubner von der DKP Lahn-Dill verband die Entwicklung der Partei mit der Geschichte der Stadt Wetzlar, Herwig Selzer aus Marburg schilderte sehr emotional seine eigene Entwicklung, wie er bei den Kommunisten seine politische Heimat fand. In ei-

nem waren sich die Redner einig: Solidarität und gemeinsames Handeln sind heute wichtiger denn je.

Rolf Becker, der aus dem Kommunistischen Manifest vorlas, machte klar, dass das Werk nicht an Aktualität verloren hat. Es gibt uns das Ziel und die Richtung vor, ohne dogmatisch zu sein. Mit chilenischer Musik begeisterten die „Musikandes“ das Publikum. Durch das Programm führte Martina Lennartz, die Organisatorin des Abends, der mit der gemeinsam gesungenen „Internationale“ ausklang. Mit neuer Kraft und neuem Mut werden wir dem Grußwort von Patrik Köbele folgen und auf die Straße gehen, um gegen Ausbeutung und Krieg, für die Stärkung der DKP aufzutreten.

Rainer Grabowski



3 WOCHEN GRATIS! **junge Welt**

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

**Redaktionsschluss für
Januar-Echo: Do., 27. Dez.**

DKP kandidiert zur EU-Wahl

Die DKP kandidiert zur EU-Wahl 2019 mit einer Bundesliste. Die 37 Kandidatinnen und Kandidaten wurden auf der Bundesmitgliederversammlung am 4. November 2018 in Kiel gewählt. Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, begründete die Eigenkandidatur der DKP auf der Wahlversammlung vor allem mit der Notwendigkeit, die Friedenskräfte im Land zu stärken und der umfassenden Rechtsentwicklung entgegenzutreten. Hauptforderungen der DKP im Wahlkampf sind:

* Stoppt die 2-Prozent-Forderung der NATO, stoppt die Verdoppelung der Rüstungsausgaben!

* Frieden mit Russland – Raus aus der NATO!

* Keine weitere Militarisierung der EU! Keine andere Partei habe diese Forderungen formuliert, erklärte Köbele weiter.

„Die zunehmende Perspektivangst und die von den Herrschenden instrumentalisierte Frage von Flucht und Migration ist ein weiterer Grund für die Kandida-

tur. Wir müssen klarmachen, dass die Herrschenden die Gegner sind und nicht die Geflüchteten und Migranten.“ Die EU gehöre zu den Fluchtverursachern. Köbele kennzeichnete sie vor allem als ein Instrument zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse in den stärksten Ökonomien der EU und damit als Instrument des deutschen Imperialismus. Sie sei nicht fortschrittlich reformierbar. - Zur Absicherung der Kandidatur muss die DKP 4.000 Unterstützungsunterschriften sammeln. Diese undemokratische Hürde trifft alle nicht im EU-Parlament vertretenen Parteien. Die vielen Gespräche über die Kandidatur der Kommunistinnen und Kommunisten werden benutzt, um über die Inhalte und Forderungen der DKP aufzuklären. Aus Gießen tritt Martina Lennartz auf Platz 12 der Bundesliste an. Mit dieser EU wird es für die Unterdrückten keine Verbesserungen geben, deshalb am 26. Mai 2019: DKP wählen! Rainer Grabowski

Eritrea – das Kuba Afrikas*)

Am 14.11.2018 beschlossen die 15 Mitglieder des UN-Sicherheitsrats einstimmig die Aufhebung der 2009 verhängten Sanktionen gegen Eritrea (Waffenembargo, Reiseverbote, eingefrorene Konten) - da sie „...seit Jahren keine Belege gefunden haben für das, was Eritrea die Sanktionen eingebracht hatte: die Unterstützung der Islamisten von al-Shabaab in Somalia...“ (Süddeutsche Zeitung vom 15.11.) Eine späte Genugtuung für Eritrea.

Vorangegangen war bereits die Kehrtwende in Äthiopien, dessen neuer Präsident am 9. Juli einen Friedens- und Freundschaftsvertrag mit seinem Nachbarstaatschloss. Zwei Jahrzehnte lang hatte Äthiopien eritreisches Gebiet widerrechtlich besetzt und immer wieder militärische Aggressionen durchgeführt. Eritrea war so gezwungen, alles zu tun, um seine Grenzen zu sichern und dafür einen Großteil seiner Ressourcen einzusetzen. Dazu gehörte auch der für alle Jugendlichen verpflichtende Nationaldienst, der wiederum zu einem Fluchtgrund wurde. Gern wird die hohe Zahl der eritreischen Flüchtlinge angeführt, wenn das Land diskriminiert werden soll. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, dass zwischen 65 und 75% aller Asylbewerber in der BRD ohne Pass ankommen. Einige von ihnen geben fälschlich an, Eritreer zu sein, weil dann die Anerkennung so gut wie sicher ist.

Es ist sehr zu begrüßen, dass nun Frieden herrscht und gutnachbarschaftliche Verhältnisse auch mit den anderen Staaten am Horn von Afrika hergestellt wurden. Eritrea kann sich nun verstärkt dem weiteren Aufbau des Landes widmen.

Dazu gehört u. a. das kostenlose Bildungs- und Gesundheitswesen für alle, die ausreichende Versorgung mit Trinkwasser und den notwendigen Gütern. Von 1991 bis heute stieg z. B. die Zahl der Bildungseinrichtungen um 250%.

Das alles ficht den deutschen Außenminister Maas nicht an, der im Oktober dieses Jahres im Bundestag die „Menschenrechtsslage“ in Eritrea anprangerte und „auf geeignetem Weg innenpolitische Öffnungen anmahnte“. Mit anderen Worten, es soll ein Regime-Changing herbeigeführt werden in einem Land, das sich bisher erfolgreich der Ausbeutung durch ausländische Konzerne entzogen hat – zum Nutzen des eritreischen Volkes. In Sachen Menschenrechte hat die BRD allen Grund, sich an die eigene Nase zu fassen. Der UN-Ausschuss



Um zu einem besseren Verständnis zwischen der BRD und Eritrea beizutragen, hat sich vor einem Jahr die Deutsch-Eritreische Gesellschaft gegründet. - Kontakt: info@deutsch-eritreische-gesellschaft.de, Am Hauptbahnhof 8, 60329 Frankfurt

für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) stellte Mitte November fest, dass viele Grundrechte – Menschenwürde, Gesundheit, freie Berufswahl, Wohnung - hier nur für Wohlhabende gelten; insbesondere werden die viel zu niedrigen Hartz-IV-Sätze kritisiert sowie die Sanktionen. Statt Eritrea zu verleumden, sollte sich die Bundesregierung für ihre feindliche Politik entschuldigen und Wiedergutmachung betreiben. Erika Beltz *) Zitat des deutschen Botschafters in Eritrea

Entschuldigen sollte sich auch der Gießener Magistrat, der veranlasst hatte, den Eritreern städtische Räume zu verweigern, und insbesondere der Fraktionsvorsitzende der Grünen Grothe, der die übelsten Beschimpfungen gegen „das faschistoide Regime“ von sich gab, sich dabei auch auf die Sanktionen berief und der jährlich seiner Hetze während des Eritrea-Festivals in den Hessenhallen freien Lauf lässt.

Prozess gegen Yakup A. vertagt

Am 21. November fand im Gießener Landgericht die Berufungsverhandlung gegen Yakup A. statt. Wegen einer PKK-nahen Fahne, die auf seiner Facebook-Seite zu sehen war, war er im vergangenen Jahr zu 1600 Euro Geldstrafe verurteilt worden. Wiederum sind etwa 25 Menschen zur Solidarität und Unterstützung gekommen. Im Mittelpunkt stand die Aussage des Zeugen KHK Hofmann, die Verblüffendes über die Arbeitsweise der Polizei offenbarte. Auf die Frage, warum er sich denn diese Seite zu diesem Zeitpunkt angesehen habe, offenbarte er, dass dies vom Verfassungsschutz veranlasst worden

sei. Frage: „Wer hat das Bild gepostet?“ – Antwort: „Nicht feststellbar.“ „Wer hat Zugang zum Account?“ Antwort: „Nicht zu ermitteln.“ „Wurde das überprüft?“ – „Nein.“ „Wurde ein Sachverständiger hinzugezogen?“ – „Nein.“



„Wann hat der Angeklagte seine Homepage angesehen?“ – „Nicht festzustellen.“ ...

Nach dieser blamablen Vorstellung verwies der Verteidiger auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom

17. November 2018, in dem festgestellt wird, dass die PKK in den Jahren 2014 bis 2017 - also auch zur Zeit des „Vergehens“ - zu Unrecht auf der Liste der „terroristischen Organisationen“ stand und es dafür keine hinreichende Begründung gab.

Daraufhin wurde die Verhandlung unterbrochen und das Gericht vertagte sich auf den 5. Dezember (nach Redaktionschluss).

Aufruf zur LL-Demo am 13.1. in Berlin: Wir sagen: Trotz alledem!

Jahr um Jahr im Januar kommen Tausende Menschen mit Nelken und Rosen zum Grabmal von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin-Friedrichsfelde. Und weil dies 2019 der 100. Jahrestag ihrer Ermordung sein wird und der fanatische Ungeist ihrer Mörder vielerorts in Deutschland und Europa eine unheilvolle Auferstehung feiert, soll unser „Trotz alledem!“ unübersehbar werden!

Was hatten diese beiden Wortführer der Linken, Gründer der KPD, verbrochen, dass sie bespitzelt, gefangen, gefoltert und bestialisch umgebracht wurden? Waren sie für immer neue Kriege? Nein, sie waren für dauerhaften Frieden! Wollten sie noch mehr Schweiß und Blut auf dem Altar der Stahlbarone opfern? Nein, sie waren gegen die Ausbeutung unseres und

anderer Völker! Dachten sie wie unsere Herrscher: „Viel Feind‘, viel Ehr!“? Nein, sie wirkten für die Solidarität der Menschen und Völker! Folgten sie den nationalistischen, rassistischen, antisemitischen Rattenfängern? Nein, sie rissen denen die Masken vom Gesicht.

Deshalb sprachen sie auf Kundgebungen, sammelten sie Verbündete, wurden sie eine wachsende Gegenkraft. Eben deshalb wurden sie von den reaktionären Trupps des Freikorps, der Geheimdienste und Reichswehr verfolgt und zuletzt grausam abgeschlachtet. Wie viele andere davor. Die Herrschenden nannten das „Ordnung schaffen!“. Es wurde die Startbahn für Hitlers braune Kolonnen. Doch am Tag ihrer Ermordung erschien der Artikel „Trotz alledem“

von Karl Liebknecht. Und am Vortag hatte Rosa Luxemburg geschrieben: „Ich war, ich bin, ich werde sein!“. Unser gemeinsames Gedenken löst ihr Gelöbnis ein! Obwohl inzwischen im Osten Europas der Kapitalismus restauriert wurde? Wir sagen: „Trotz alledem!“. Obwohl inzwischen acht superreiche Familien mehr Vermögen haben als die ärmere Hälfte der Erdbewohner? Obwohl so viele Kriege und Bürgerkriege toben? Obwohl über 65 Millionen Menschen auf der Flucht sind – zwischen Trümmern, Schlauchbooten und Sperrzäunen? Obwohl das starke und reiche Deutschland um Abschieberekorde ringt? Obwohl wieder mal deutsche Truppen an der russischen Grenze stehen und der Präsident der USA seinen Rüstungs-etat ins Unermessliche steigert?

Wir sagen: Gerade deshalb und trotz alledem! Und demonstrieren in diesem Geist friedlich am 13. Januar 2019... (leicht gekürzt)

Nur USA und Israel gegen Kuba

Mit überwältigender Mehrheit stimmten 189 von 191 Mitgliedsländern der Vereinten Nationen auf der UN-Generalversammlung in New York am 08.11.2018 für die Beendigung der US-Blockade gegen Kuba. Dies war bereits die 27. Abstimmung in Folge, in der die Aufhebung der Sanktionen gegen das sozialistische Kuba gefordert wurde. Nur die USA und Israel stimmten wie üblich dagegen, sie isolieren sich so immer mehr von der Weltgemeinschaft. Die 1962 von den USA verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade fügt der kubanischen Wirtschaft immer noch schwere Schäden zu. Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez bezeichnete das Embargo gegen sein Land als „*eklatanten, massiven und systematischen Menschenrechtsverstoß*“. Das gelte unter anderem

für die Weigerung, in den USA hergestellte Medikamente und Medizintechnologie an Kuba zu liefern. Der russische Präsident Wladimir Putin versicherte bei einem Treffen in Moskau dem kubanischen Präsidenten Miguel Díaz-Canel seine Unterstützung. Die Blockade durch die USA müsse bedingungslos beendet werden, das russische Volk stehe zu den Kubanern. Auch die DKP steht solidarisch an der Seite des kubanischen Volkes. Mit Blick auf die gewaltigen Zerstörungen, die der verheerende Hurrikan im vergangenen Jahr anrichtete, erklärte Patrik Köbele auf dem 22. Parteitag der DKP: „Wieder hatte Kuba bewiesen, dass Kuba eine Alternative ist - der Katastrophenschutz funktioniert, die gesamte Gesellschaft organisiert ihn für die gesamte Gesellschaft und nicht für die Reichen.“

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:
**Protest gegen
Hartz IV**



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook

SDAJ Marburg:
Kämpfe verbinden - Wohnraum, Schule, Uni, Betrieb

Do., 17. 1., 18-20 Uhr, Biegenstr. 14, Hörsaal +1/0120. Referenten: Marie-Luise (Stadtchulsprecherin), Eyup Yilmaz (Linkspartei), Ulf Immelt (DGB)

vormerken:

Der Krieg in Syrien
Veranstaltung der DKP Gießen mit der Journalistin
Karin Leukefeld

Do., 24. Januar, 19 Uhr
DGB-Haus Gießen, Walltorstr. 17, Dachsaal, 7. Stock.

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

**10 Wochen
kostenlos testen**

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de

2019: Bitte die Abogebühren bezahlen

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. Zudem hat die Post gerade das Porto um 20% erhöht. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion